Neues vom Europainstitut **News of the Europainstitute**

NR. 85 Mai/Juni 2010

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch

Teil der europäischen Sicherheit

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts der Universität Basel

Endlich, im dritten Anlauf ist er nun da, der Sicherheitspolitische Bericht des Bundesrats! Ein wichtiger Punkt ist, dass er sich für den Ausbau der internationalen Kooperation ausgesprochen hat, und zwar im militärischen wie im nichtmilitärischen Bereich.

Das Zauberwort heisst Kooperation. Unklar bleibt - das gehört eben zum Zauber- , was das alles umfasst. Deutlich markiert wird dagegen, dass «Militärallianzen» nicht in Frage kämen. Und ebenfalls sonderbar negativ belegt ist der Begriff der «Integration». Diese sei auf absehbare Zeit weder sicherheitspolitisch zwingend noch innenpolitisch mehrheitsfähig.

Ist es kleinlich, wenn man darauf hinweist, dass eine auf Verstetigung angelegte Kooperation durchaus eine Form von Integration sei, und sogar allianzähnliche Züge aufweisen kann. «Allianz» ist ein Begriff aus dem nationalen Vokabular des 18. Jahrhunderts. Der heutige Grad der sehr normalen Kooperation zwischen Staaten geht um einiges über die Zusammenarbeit alter Allianzen hinaus. Heutzutage leben wir sozusagen in Dauerallianzen.

Worin bestehen eigentlich die heutigen Kooperationen? Wie weit zum Beispiel die nachrichtendienstlichen und bundespolizeilichen Kooperationen mit Teilen des Auslands gehen, interessiert die Wenigsten und interessierte auch den früheren Chef des EJPD nicht, obwohl dieser wie der heutige VBS-Chef stets das Hohelied auf die Neutralität anstimmte.

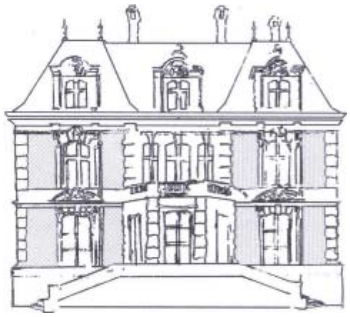
Die schweizerischen Militärs, die bis in die 1980er Jahren die stärksten Verteidiger der Alleingangdoktrin und einer entsprechend rigorosen Neutralitätsauffassung waren, engagierten sich aus realpolitischen Interessen seit den 1990er Jahren speziell entschieden für ein kooperatives Verteidigungsverständnis und eine entsprechend redimensionierte Neutralitätskonzeption.

Daniel Möckli von der CSS/ETH meldete im Jahr 2007 anlässlich des damals vorgelegten Neutralitätsberichts einige Skepsis gegenüber der wiederum stärker gemachten Neutralitätsrhetorik an, weil diese die Handlungsspielräume in der auf Kooperation angewiesene Sicherheitspolitik einschränke: «Die Omnipräsenz der Neutralitätsrhetorik ist jedoch nicht im Interesse der Schweiz und droht sich insbesondere auf die Sicherheitspolitik nachteilig auszuwirken. Die langwierigen Debatten um eine bedrohungsgerechte Transformation der Armee und einen Ausbau der im internationalen Vergleich nach wie vor bescheidenen sicherheitspolitischen Kooperation haben dies deutlich gemacht.»

Desgleichen Laurent Goetschel: Auch er warnte 2007, dass die Neutralität zu einem Handicap für die Schweizer Aussenpolitik werden könnte, nicht so sehr weil sie die Führung behindere, sondern weil sie das Denken über diese Politik einschränke. Die Neutralität diene als Branding zwar der inneren und äusseren Vermarktung der Ausssenpolitik, könne aber keine sinnvolle Grundlage für aussenpolitische Entscheidungen mehr liefern.

Der Sicherheitsbericht geht nun mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit davon aus, dass Sicherheitsmassnahmen, welche die Kraft eines Kleinstaates übersteigen, von anderen geleistet werden. Das war auch für General Guisan 1939/40 nicht anders. Das hindert die Apologeten des Alleingangs jedoch nicht, den 50. Todestag des Generals zu nutzen, um erneut die einzelgängerische Haltung zu propagieren.

Im besagten Sicherheitspolitischen Bericht stösst man immerhin auch auf eine indirekte Anerkennung der EU: «Die Lage mitten in einer der stabilsten Regionen der Welt ist ein wesentlicher positiver Faktor für die Sicherheit der Schweiz.» Es wird sogar einer «verstärkten Beteiligung» das Wort geredet: «Es liegt im Interesse der Schweiz, sich künftig insbesondere verstärkt an der gemeinsamen Sicherheitsprodukt-



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

tion im europäischen Rahmen zu beteiligen. Mit ihrer breiten Palette an zivilen und militärischen Instrumenten verfolgt die EU eine umfassende Sicherheitspolitik, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Schweizer Sicherheitspolitik durchaus entspricht.»
Es ist aber nicht gut, dass wir bei der Bezeichnung der Dinge die Wörter vermeiden, welche die Realität zutreffend bezeichnen.

Neutrale / allianzfreie Staaten in Europa im Vergleich

	UNO-Beitritt	EU-Beitritt	Truppen in Friedensmissionen 2006	Davon in UNO-Missionen	Davon in anderen Missionen	Teilnahme EU-Battle-groups
Schweiz	2002	-	274	20	254	Nein
Österreich	1955	1995	1236	385	851	Ja
Schweden	1946	1995	945	186	759	Ja
Finnland	1955	1995	779	102	677	Ja
Irland	1955	1973	676	387	289	Ja

Quelle: IISS Military Balance 2007

Europakolloquium

Europakolloquium vom 6. Mai 2010:

„Jeder Tag ist für mich ein Europatag"

Vortrag von Dr. Axel Berg, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz und Liechtenstein

Daniel Michel, Assistent Politikwissenschaften am Europainstitut der Universität Basel

Dass die EU-Aussenpolitik ein vielfältiges, facettenreiches und äusserst dynamisches Politikfeld darstellt, wurde in den Ausführungen des Deutschen Botschafters in der Schweiz und in Liechtenstein, Dr. Axel Berg, einmal mehr zum Ausdruck gebracht. In seinem Vortrag vom 6. Mai 2010 anlässlich des Europakolloquiums wurde den Anwesenden einige Einblicke in die „Praxis der EU-Aussenpolitik„ gewährt. Der Referent konnte dabei aus einem reichen Fundus an Erfahrungen schöpfen, war er doch vor seiner jetzigen Tätigkeit als Botschafter, längere Zeit in verschiedenen diplomatischen Funktionen im Höheren Auswärtigen Dienst mit EU-Angelegenheiten betraut gewesen.

Der Vortrag spannte entsprechend einen weiten Bogen und schnitt verschiedene Themen und Aspekte an. So wurden eingangs die aus Sicht des Referenten durch den Vertrag von Lissabon wichtigsten Änderungen für die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU hervorgehoben. Botschafter Berg ging dann auf die Rolle der EU innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein. Durch seine frühere Tätigkeit als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE konnte er dem anwesenden Publikum viel Wissen aus erster Hand über die Strukturen, die innere Organisation, den Aufbau und die Abläufe, beispielsweise bei der Beschlussfassung vermitteln. Die Wichtigkeit des Informationsaustauschs zwischen Mitgliedstaaten der EU, welche gut die Hälfte der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten ausmachen, hob Botschafter Berg besonders hervor.

Nach diesen interessanten Ausführungen kam der Referent auf seine derzeitige Tätigkeit in Bundesbern zu sprechen. Der Fokus lag dabei auf dem bilateralen Verhältnis der Schweiz mit der EU und auf den Beziehungen der Schweiz zu Deutschland. Auch hier machte der Diplomat auf den informellen Informationsaustausch einiger EU-Mitgliedstaaten, welche in Bern vertreten sind, aufmerksam.

„Jeder Tag ist für mich ein Europatag", Botschafter Berg in Anspielung auf die beiden „Europatage" am 5. Mai (Gründung des Europarates) und am 9. Mai (Gedenken der Schuman-Erklärung).

Gegen Ende des Vortrags wurden einige grundsätzliche Probleme der Gemeinsamen Aussen- Sicherheitspolitik der EU angesprochen. Diese liegen dem Referent zufolge zum einen

darin, dass in dem Politikbereich in der Regel Beschlüsse nur einstimmig gefällt werden können, was zur Folge hat, dass oft nur über den kleinsten gemeinsamen Nenner verhandelt werden könne oder eben gar kein Kompromiss gefunden wird. Durch das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages hegt der Referent klare Erwartungen in Bezug auf das Voranschreiten des Integrationsprozesses. Auch eine Steigerung der Effektivität soll damit erreicht werden. Dies kann beispielsweise durch die „Doppelhutfunktion" der neuen Hohen Vertreterin der Union für Aussen- und Sicherheitspolitik oder die Unterstützung der teilweise überforderten Kleinstaaten durch den Europäischen Auswärtigen Dienst erreicht werden. Botschafter Berg schloss sein Referat mit einem Zitat von Bundeskanzler a.d. Helmut Kohl, welcher anlässlich seines 80-jährigen Geburtstages und im Bewusstsein der schwierigen wirtschaftlichen Zeit in der sich Europa momentan befindet, die Worte gesagt haben: „Wenn nicht wir die grossen Herausforderungen anpacken und überstehen, wer dann sonst?" Der Referent unterstrich damit die hohe Wichtigkeit einer geeint handelnden EU. Im Anschluss an den Vortrag hatte das Publikum die Gelegenheit, Fragen an den Vortragenden zu stellen. Dieser antwortete gekonnt und gab dem Publikum bei heikleren Themen, etwa zum EU-Beitritt der Türkei, ein gutes Lehrstück in diplomatischer Erörterung mit auf den Nachhauseweg.

European Law Moot Court in New York

„European Law Moot Court" 2010 in New York

Cristiana Tolomeiu und Johannes Kohlschütter,
Studierende des MAS am Europainstitut Basel

Recht haben ist gut – aber um auch Recht zu bekommen, muss man seine Argumente überzeugend präsentieren. In der englischen Juristenausbildung ist es deshalb üblich, den Auftritt vor Gericht in akademischer Runde („moot") an fiktiven Rechtsfällen zu üben. Ein „Moot Court"-Wettbewerb ist seit 1989 auch für Fragen des Europarechts etabliert. Immer wieder haben interessierte Studentinnen und Studenten des Europainstitut daran teilgenommen. Auch dieses Jahr fand sich eine achtköpfige Gruppe unter Betreuung von Lukas Lusser, selbst Jurist und früherer Absolvent des Instituts.

Der diesjährige Fall behandelte die Situation eines in der EU lebenden Paares nichteuropäischer Herkunft vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise und verband wirtschaftliche und zuwanderungsrechtliche Fragen: Kann ein Staat einem Ausländer mangels ausreichender Ersparnisse das dauernde Aufenthaltsrecht verweigern, wenn der Staat den Verlust dieser Ersparnisse durch schlechte Bankenaufsicht selbst verschuldet hat? Welche Rolle spielt die nicht eingetragene Lebenspartnerin? Und wer entscheidet, was „angemessene" Gebühren sind? Mit schriftlichen Plädoyers zu diesen Fragen konnte sich unsere Gruppe für die zweite Runde qualifizieren. Für uns fand sie vom 25. bis zum 28. Februar 2010 an der Columbia University in New York statt, und so machten wir uns auf den "vagabond shoes" auf den Weg in „die Stadt, die nie schläft".

Nachdem wir das Department of Homeland Security von unseren friedlichen Absichten überzeugen konnten, hatte unser Team (Christine Geiser, Shahnaz Guliyeva, Cristiana Tolomeiu, Johannes Kohlschütter) dort in mehreren Runden in der Rolle des Kläger- und Beklagtenanwalts sowie des Vertreters der Europäischen Kommission gegen andere Gruppen anzutreten. Dabei musste man sich auch kritischen Fragen des Gerichts stellen, das mit Akademikern und Vertretern europäischer Institutionen besetzt war. Kritisch müssen diese Fragen sein, um das kompetenteste Team zu ermitteln. Dabei wird zum einen der souveräne und am besten abwechselnd englisch und französisch gehaltene Vortrag honoriert. Daneben ist es von Vorteil, mit relevanten Urteilen des Europäischen Gerichtshofs vertraut zu sein.

Unter den zwölf teilnehmenden Gruppen konnte sich schliesslich eine Gruppe aus Irland für die Finalrunde am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg qualifizieren, wo „echte" Richter die Jury bilden.

Die zwanzig Minuten, in denen wir unsere Plädoyers vortrugen, werden wir nicht vergessen. Bereichernd war aber auch die Begegnung mit den anderen Gruppen: Da gab es die extrem Ambitionierten mit sichtbar hohem Erfolgsdruck, aber auch die eher Aufgeschlossenen. Das Wettbewerbs- und Abendprogramm einschliesslich des unvermeidlichen „song contest" liess zwar kaum freie Zeit, aber dennoch gab es ein paar Eindrücke vom stark eingeschneiten und trotz der noch sichtbaren Folgen der Anschläge vom 11. September sehr lebendigen „Big Apple".

Das EU Informationszentrum EU/i im Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel stellt sich vor

(WWZ-Bibliothek) Das EU/i ist Teil eines umfangreichen Informationsnetzes, das seit Anfang der 1960er Jahre weltweit durch die Europäischen Gemeinschaften geschaffen wurde. Diese EU-Dokumentationszentren haben die Aufgabe, Publikationen der EU zu sammeln, aufzubereiten und einer interessierten Öffentlichkeit sowie Lehre und Forschung zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Informationsverbund gehört auch das EU/i in Basel, welches von der WWZ-Bibliothek geführt wird. Das EU/i in Basel besitzt den Status einer spezialisierten Teildokumentation. Dies bedeutet, dass sich hauptsächlich EU-Dokumente mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlichem Bezug in der WWZ-Bibliothek befinden.

Nach dem Umzug des WWZ vom Rosshof in die neuen modernen Räumlichkeiten des Jakob Burckhardt Hauses wurde der EU-Bestand aufgearbeitet und präsentiert sich nun frei zugänglich und übersichtlich im Sonderlesesaal der Bibliothek.

Die überwiegende Zahl der Veröffentlichungen liegt im EU/i in gedruckter Form vor. Die EU-Literatur ist nach der offiziell geltenden Sachgebietsgliederung aufgestellt, innerhalb des Sachgebietes getrennt nach Monographien und Zeitschriften. Die letzten 5 Jahrgänge an Monographien sowie der laufende Jahrgang der Zeitschrift befinden sich im Sonderlesesaal. Die Monographien sind ausleihbar, während die Zeitschriftenbände an Ort eingesehen werden können. Ältere Bestände stehen im Magazin und können ausgeliehen werden. Recherchierbar sind alle in Basel vorhandenen EU-Dokumente im IDS-Bibliothekskatalog.

EU-Dokumente, die sich nicht in der WWZ-Bibliothek befinden, werden grösstenteils in elektronischer Form dargeboten. Eine Einstiegsmöglichkeit zur Suche bildet das allgemeine Online-Portal der EU http://europa.eu. Zur weiteren Recherche stehen der Online-Katalog der Bibliothek der Europäischen Kommission sowie das Europäischen Dokumentationszentrum (EDZ) Mannheim zur Verfügung.

Auch EU-Datenbanken (wie EUR-Lex) sind im Universitätsnetz aufgeschaltet. Zudem vertreibt das Amt der Veröffentlichungen der Europäischen Kommission die Veröffentlichungen via Online-Katalog.

Durch die Bereitstellung der EU-Dokumente wird das wissenschaftliche Literaturangebot mit Bezug zur EU sinnvoll abgerundet. So kann die Nutzerschaft auf der einen Seite auf Primärquellen, Statistiken, Projektarbeiten u.a. zurückgreifen. Auf der anderen Seite bietet die Fachbereichsbibliothek des WWZ themenbezogene Literatur über EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Zudem wird auf dem Platz Basel die Literaturversorgung in den Fachbereichen Europarecht, wirtschaftliche Integration und Europapolitik vom Bestand der Bibliothek des Europainstitutes Basel ergänzt und vervollständigt.

Für weiterführende Informationen besuchen Sie unsere Webseite und kontaktieren Sie uns bei Fragen oder Rückmeldungen.

Adresse
WWZ-Bibliothek/Schweizerisches Wirtschaftsarchiv
Peter Merian-Weg 6, CH-4002 Basel
Tel. 061/267 32 19
Fax 061/267 32 08
Homepage: www.unibas.ch/wwz

Oeffnungszeiten
Montag-Freitag 09.00-19.00 Uhr
(Magazinbestellungen bis 16 Uhr)

Weiterbildungsveranstaltung

EU-Recht und bilaterales Recht nach der Lissaboner Revision:
Kompetenzen und materielles Recht, inbesondere im Vertragsrecht, Wettbewerbsrecht und Steuerrecht

Mittwoch, 23. Juni 2010, 14.30-17.45 Uhr, Plenarsaal, Europainstitut

Das Tagungsprogramm finden sie auf der Website des Europainstituts unter „Aktuelles“:
www.europa.unibas.ch

Generalversammlung des Fördervereins Europainstitut

Donnerstag, 26. August 2010, 17.30 Uhr

Anschliessend um 18.00 Uhr öffentlicher Vortrag: „Krise als Chance - auch im Falle des Euro?“

Referent: Beat Kappeler, Dr.h.c. der Universität Basel, Publizist

Ort: Europainstitut, Gellertstrasse 27